

# Eine Stadt sucht einen Weg

Autor(en): **Scherer, Joh. P.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **27 (1952)**

Heft 11

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-102456>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## «CIRIEC»

Am Montag, dem 13. Oktober, tagte in Genf der Verwaltungsrat der Internationalen Forschungs- und Informationsstelle für Gemeinwirtschaft (CIRIEC = Centre international de recherches et d'information sur l'économie collective). Anschließend daran folgte eine Sitzung des Verwaltungsrates zusammen mit weiteren Vertretern von öffentlichen Betrieben, Gewerkschaften und Genossenschaften aus Frankreich, England und der Schweiz.

Gegenstand dieser Zusammenkunft unter dem Vorsitz von Staatsrat Treina (Genf) war Diskussion und Vorbereitung eines vom Verwaltungsrat in Aussicht genommenen Kongresses, der den Mitgliedern des CIRIEC Gelegenheit bieten soll, sich vor einer weiteren Öffentlichkeit über den Stand und die Leistungen der Kollektivwirtschaft in allen ihren Formen Rechenschaft zu geben.

Nach den Beratungen dieser Zusammenkunft sind als Tagungsort Genf und als Datum die vier Tage vom 28. bis 31. Mai 1953 vorgesehen. An diesem

Internationalen Kongreß der Gemeinwirtschaft veranstaltet von der Internationalen Forschungs- und Infor-

mationsstelle für Gemeinwirtschaft, sollen folgende Berichte auf die Traktandenliste gelangen:

1. Die Bedeutung der Genossenschaften und der öffentlichen Betriebe für die Errichtung und die Erhaltung der wirtschaftlichen Demokratie.

2. Die Lage der Arbeiter in den gemeinwirtschaftlichen Betrieben; ihre Rechte und ihre Pflichten.

3. Internationale Organisationen, Staaten, Gemeinden, Genossenschaften und Gewerkschaften und ihre Stellung zum Problem des Wohnungsbaus.

Die Besprechung diente auch der Abklärung organisatorischer und technischer Vorfragen wie zum Beispiel die Finanzierung des Kongresses, die Frage einer eventuellen Begrenzung der Mitgliederzahl und die Ernennung eines Vorbereitungsausschusses, dessen Präsidium bereits Staatsrat Treina übertragen werden konnte. Dieser Vorbereitungsausschuß wird unverzüglich die Vorarbeiten aufnehmen und in nächster Zeit schon die Einladungen den dem CIRIEC angeschlossenen Organisationen zustellen. «Schweiz. Konsumverein»

*Gruber*

## Die Europäische Gewerkschaftskonferenz zur Wohnungsfrage

Die in Lugano tagende Europäische Gewerkschaftskonferenz hieß eine Resolution zur Frage des Wohnungsbaues gut, in der unter anderem ausgeführt wird:

«Die Gewerkschaften bestehen auf der Notwendigkeit eines gesteigerten Wohnungsbaues im Zusammenhang mit der Freizügigkeit der Arbeitskräfte und erhöhter Produktion. Sobald als möglich sollte in einem weiten Ausmaß mit dem

Abbruch von Elendswohnungen begonnen werden. Es ist Aufgabe und Pflicht aller Regierungen, dafür zu sorgen, daß die notwendigen Mittel auf lange Sicht zur Verfügung gestellt werden. Die Aufhebung der Mietpreiskontrolle und des Mieterschutzes kann nicht als ein Mittel zur Lösung des Wohnungsproblems betrachtet werden.»

*Gruber*

## FÜR HAUS UND FAMILIE

### Eine Stadt sucht einen Weg

*Bummel durch den Blätterwald*

sfd. Wir sind wieder einmal soweit: In unserem Blätterwald blühen fremde und giftige Gewächse. Wer sich die Kioske anschaut, dem graut vor dem Überangebot ausländischer Presseerzeugnisse. Da hat es Film-Revuen, Romanhefte, Frauenzeitschriften, Magazine, Illustrierte und die Hintertreppenliteratur der Tom-Mix- und John-Kling-Heftchen. Der Lärm, den diese Blätter machen, erdrückt die stillern Stimmen unserer eigenen Zeitschriften. Man glaube nun nicht, diese Behauptung sei übertrieben. Ich habe mir kürzlich einen neu eröffneten Kiosk angeschaut und dabei festgestellt, daß von 64 ausgelegten und ausgehängten Zeitschriften genau sechs schweizerischen Ursprungs waren: drei Illustrierte, eine Monatsschrift und zwei Romanheftchen. Ein anderer Kiosk führt neben den ausländischen Presseerzeugnissen als einzige Bücher die bekannten Roro-Romane, in kleinen Winkelläden findet man nicht selten die unappetitlichen Blätter für Aktstudien, und auch in den Bahnhofskiosken dominieren die bunt und schreiend aufgemachten, an die niedrigsten Instinkte, an Klatsch- und Sensationslust appellierenden Blätter.

*Sollen wir uns geistig vergiften lassen?*

Dieses Überangebot ausländischer Presseerzeugnisse hat für die Schweiz auf die Dauer schwerwiegende Konsequenzen. Unsere eigenen Blätter, nicht nur die Illustrierten und die Zeitschriften, sondern auch die Tageszeitungen, die unsern Schriftstellern und Journalisten Aufträge und damit Verdienst zukommen lassen, laufen Gefahr, immer mehr zurückgedrängt zu werden. Dadurch verengert und verschmälert sich der wirtschaftliche Landstrich, auf dem unsere Autoren ein — wenn auch nur kümmerliches — Auskommen finden, von Jahr zu Jahr. Aber abgesehen von diesen wirtschaftlichen Auswirkungen hat die Hochflut ausländischer Zeitschriften und Illustrierten auch geistige Konsequenzen. Viele dieser Illustrierten propagieren eine Geisteshaltung, die unserer demokratischen Gesinnung sehr fern ist: ich erinnere mich, welch intensive Propaganda für das zynische und destruktive Buch von Salomon «Der Fragebogen» gemacht wurde, und auf welcher verlogenen und unehrlichen Art die «unschuldig» verurteilten Kriegsverbrecher verteidigt worden sind. Gleichzeitig feiern in den Illustrierten diese Leute in

«Tatsachenberichten» Auferstehung, in denen zwischen den Zeilen nur schlecht verhohlene Genugtuung über die Heldentaten der tausendjährigen Epoche durchschimmert. Damit wird eine Gesinnung verbreitet, der wir entgentreten müssen, wann, wo und wie wir können. Wir dürfen nicht zur geistigen Provinz werden, die geistigen Grundlagen unserer Heimat, die allein unsern Fortbestand gewähren, müssen uns erhalten bleiben. Sie dürfen nicht vergiftet werden. Es geht also nicht allein um unsere Autoren, Verleger, Buchhändler und Zeitungsdruckereien, es geht um mehr: um die geistigen Grundlagen unseres Landes.

#### *Eine Stadt sucht einen Ausweg*

Glücklicherweise widerstrebt es im allgemeinen dem gesunden Empfinden des Schweizers, nach Verboten oder Zensurmaßnahmen zu rufen. Denn darüber sind wir uns wohl klar: mit negativen Eingriffen kann man selten positive Ergebnisse erzielen. Es muß also ein anderer Weg gefunden werden.

Einen solchen Weg, der Erfolg verspricht, hat nun die Stadt Zürich eingeschlagen. Vor ungefähr einem Jahr gründete der kulturell aufgeschlossene Stadtpräsident «Das Podium». Jeden Samstagnachmittag oder Sonntagvormittag las im Rahmen des «Podium» ein Zürcher Erzähler oder Lyriker aus eigenen Werken. Diese Neugründung hat sich ausgezeichnet bewährt, die Veranstaltungen waren stets gut besucht, und das «Podium» ist in kurzer Zeit zu einer Einrichtung geworden, die man sich aus dem kulturellen Leben Zürichs nicht mehr wegdenken kann. Nun soll aber dieser Versuch, der so erfolgreich begann, noch weiter ausgebaut werden. Vor kurzem hat ein Mitglied des Gemeinderates, Walter Keller,

eine Anregung gemacht, die vom Stadtpräsidenten als ausgezeichnet beurteilt wurde und die vermutlich bald der Verwirklichung entgegesehen wird. Das «Podium» soll erweitert werden, und als «Podium-Veröffentlichungen» sollen Anthologien zürcherischer Erzähler und Lyriker herausgegeben werden. Mit solchen Anthologien, hübsch aufgemacht und zu bescheidenem Preis verkauft, hofft man, das Interesse weiterer Volkskreise für unsere Autoren wecken zu können.

Vielleicht ließe sich sogar, dies soll kurz eingeschoben werden, eine Möglichkeit finden, um solche Anthologien als zusätzliche Lesebücher für Sekundarschulen und höhere Schulen verwenden zu können. Auf diesem Wege, der für alle Kantone gangbar wäre, würde man zweierlei erreichen können: Einerseits gäbe es unsern Autoren einen zusätzlichen Verdienst, andererseits würde (nicht nur bei den Erwachsenen) damit bei jüngern Leuten in einer Zeit, die für die geistige Entwicklung des Menschen entscheidend sein kann, das Interesse für unser Geistesleben geweckt.

#### *Opfer, die sich lohnen*

Natürlich kosten solche Versuche Opfer an Zeit, Mühe und Geld. Aber wir wissen alle nicht, welchen Weg die politische Entwicklung in der Welt noch einschlagen wird; wir wissen nicht, wohin uns die Spannung zwischen Ost und West noch führen kann, aber eines wissen wir alle und glauben fest daran: daß unser Land uns so erhalten bleiben muß, wie es bisher war. Das aber kann nur geschehen, wenn das Denken unseres Volkes gesund bleibt und nicht von fremden Presseerzeugnissen vergiftet wird. Und daß es gesund bleibe, dazu dürfen uns kein Opfer und keine Mühe zu groß sein.

Joh. P. Scherer

## Ein heikles Problem: Das Familienbudget

Kürzlich unterbreitete mir eine Frau folgendes Problem: Sie trage finanziell zu den Kosten des Haushaltes bei. Ihre Einkünfte werden für Anschaffungen im Haushalt verwendet. Da die Steuern durch ihren Verdienst höher werden, wünsche ihr Mann, daß sie die Differenz bestreite. Ob sie dazu verpflichtet sei. Aus dem weiteren Gespräch ergab sich, daß ihr Mann sein Einkommen mit Ausnahme des Taschengeldes der Frau zur Verwaltung übergab. Anstatt die beiden Einkommen in diesem Falle als eines zu betrachten und die Steuern einfach vom zusammengelegten Geld zu zahlen, zogen es die Eheleute vor, einen unfruchtbaren, praktisch wertlosen Zank zu führen.

Immer wieder ist die Verwendung des Familien-Einkommens Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen zwischen Mann und Frau, auch da, wo es wirklich nicht nötig wäre. Streit hat einen Kuchen noch nie größer gemacht, Streit hat auch noch keine Wunder geschaffen, und so wäre es wohl das einzig richtige, einmal — besser heute als morgen — über das Geld und seine Verteilung in Ruhe miteinander zu sprechen und ein Budget aufzustellen.

Wo eine Buchhaltung geführt wurde, ist es ein leichtes, sie als Grundlage des neuen Budgets anzunehmen, obwohl sie nicht dazu verleiten soll, die gemachten Ausgaben als ideal anzunehmen. Ein Budget soll im Gegenteil dazu führen, die Sache besser zu machen. Wo keine Buchhaltung geführt wurde, ist wohl anhand von Quittungen und Postbüchlein zu ersehen, welche Ausgaben außer den laufenden «Haushaltsgeldern» zu erwarten sind. Laufende Ausgaben müssen in diesem Falle geschätzt und im Budget allmählich dem wirk-

lichen Bedarf angepaßt werden. In einem erst zu gründenden Haushalt wird am besten auch mit Nachbarn oder Verwandten über die Frage gesprochen.

Kein Budget ist wie das andere; denn jede Familie führt ein individuelles Leben, das sich auch in den Zahlen ausdrückt. Wohl lassen sich Zahlen als Richtlinien angeben, doch ändern diese stark je nach Höhe des Gesamteinkommens und besondern Erfordernissen. Die Nahrungsmittelausgaben müssen vielleicht einem Kranken angepaßt werden, oder man muß notgedrungen in einer zu teuren Stadtwohnung leben. In allen diesen Fällen und in vielen andern muß der Ausgleich gefunden werden, und das Budget wird dem sogenannten «Durchschnitt» nicht mehr gleichen. Als Richtschnur mögen einige Prozentzahlen dienen, in denen sich ein «normales» Budget ungefähr bewegen wird:

Die *Nahrung* bewegt sich im Rahmen von mindestens 25 bis maximal 38 Prozent des Gesamteinkommens. Darunter ist auch bei ziemlich großen Einkommen kaum mehr mit einer ausreichenden Nahrung zu rechnen — außer bei außergewöhnlich hohen Einkommen. Über 38 Prozent betragen die Nahrungsmittelausgaben normalerweise nur noch bei ganz geringen Einkommen, die kaum das Existenzminimum überschreiten, oder bei ganz besondern Verhältnissen. Beispiel: 48 Prozent Nahrungsausgaben bei einem Einkommen von Fr. 600.— monatlich für eine Familie von 6 Personen: Eltern und vier Kinder von 2, 5, 7 und 8 Jahren.

Für *Kleidung* werden durchschnittlich 8—14 Prozent gerechnet. Auch hier sind große Unterschiede möglich, sei es, daß die Hausfrau sehr vieles selber macht, sei es im umge-